

auch in die Zukunft, um sich auf das folgende Jahrtausend vorzubereiten. Vor tausend Jahren hat sich mit der Krönung unseres ersten Königs, Stephan des Heiligen, das ungarische Volk im christlichen Glauben mit den Völkern Europas vereint. Seither ist Ungarn ein organischer Teil des christlichen Europas. Dadurch wurde das Bestehen des Ungartums und seine über Jahrhunderte hinweg erfüllte bestimmende Rolle gewährleistet. Ungarn ruht auch heute noch auf dem staatsgründenden Werk von Stephan dem Heiligen. Aufgrund des Werkes von König Stephan entwickelte sich im Karpatenbecken ein blühender Staat. Der ungarische Staat hat im Laufe der Jahrhunderte, indem er die gegen den Westen gerichteten Angriffe aufhielt, zur Entwicklung der christlichen Welt beigetragen. In den vergangenen tausend Jahren haben wir unsere unverwechselbare individuelle Kultur ausgestaltet, die zugleich einen untrennbaren Teil der vielfarbigen Gemeinschaft der europäischen Nationen darstellt. Der ungarische Staat und die ungarische Nation wurden durch die prophetische Persönlichkeit Stephan des Heiligen, sein auf die göttliche Vorsehung vertrauendes Auftragsbewusstsein und seinen eisernen Willen für die historische Aufgabe geeignet, die sie über tausend Jahre hinweg erfüllt haben. Die Aufnahme des christlichen Glaubens und der Ausbau des christlichen Staates haben es ermöglicht, dass das Ungartum die gegen seine Existenz gerichteten Angriffe zurückgeschlagen hat und nicht nur in seinen Siegen, sondern auch unter fremder Herrschaft, Besatzungsmacht, Aufteilung des Landes und Diktaten seine moralische Haltung bewahrt und für ewig geglaubte erobernde Mächte überlebt hat. Die heilige Krone lebt als die die Kontinuität und Unabhängigkeit des ungarischen Staates verkörpernde Reliquie im Bewusstsein der Nation und in der ungarischen öffentlich-rechtlichen Tradition. Anlässlich des tausendjährigen Jubiläums der Staatsgründung erhebt Ungarn die heilige Krone an ihren würdigen Ort und bringt sie aus dem Museum der Nation in den Schutz des die Nation vertretenden Parlamentes. Deshalb verabschiedet das Parlament – unter Hinblick auf die Staatsgründung durch Stephan den Heiligen und die hervorragende historische Bedeutung der heiligen Krone – das folgende Gesetz.

DR. BARNÁ MEZEY

## Vom consuetudo zum Gesetzesrecht

Man weiß nicht, wann in der Entwicklung der ungarischen Gesellschaft das Recht erschienen ist, aber es scheint unzweifelhaft, dass die auf den Wegen der Steppen wandernden Ungarn schon über ein Normsystem verfügt haben. Bescheidene, aber sichere Beweise dafür scheinen die Lehnwörter mit rechtlichem Inhalt aus dem Bulgarisch-Türkischen und aus dem Kasarischen zu sein, wie „törvény“ – ‚Gesetz‘, „tanú“ – ‚Zeuge‘, „bilincs“ – ‚Fessel‘, „bakó“ – ‚Henker‘, „orv“ – ‚heimtückisch‘. Zwar mittelbar, aber sie beweisen faktisch doch die Existenz eines anfänglichen Rechts. Die eigentümlichen militärischen Interessen der Zeit der Stämme und der Stammesbündnisse bauten nicht nur eine neue politische Struktur hin zu den Bluts-gemeinschaften auf, sondern sie schufen auch ein neues Normsystem. Die politische Führung, die sich von der Gemeinschaft unabhängig zu machen wünschte, die Stammes- und Geschlechtsaristokratie konnte jedoch nur mit der Betonung und Hervorhebung, mit konsequenteren Einhaltung einiger Gewohnheiten experimentieren, oder versuchen, einige neue Gewohnheiten einzuführen. Eine Voraussetzung des Beginns der systematischen Gesetzgebung ist die mit der Umgestaltung der politischen Formel erschienene neue Gewaltorganisation, der Staat, der im Stande ist, seine Bevölkerung, seine Untertanen, sein Volk zu Gehorsam zu zwingen. Der Staat koppelte den erheblichen Teil des gesellschaftlichen Regelsystems durch Kolonialisierung an die Tätigkeit seiner eigenen Organe, und er ließ die staatliche Sanktionierung als begriffliche Voraussetzung des Rechts anerkennen. Deshalb hält die moderne Rechtsauffassung bei der Definition des Rechts die staatliche Sanktionierung und Erzwingung für die *differentia specifica*. Die ungarische Rechtsgeschichte rechnet mit der Erscheinung des nomadischen Staates um 850, die schriftlich (im Gesetzbuch) erscheinende, ausgesprochene Gesetzgebung kann von der Schaffung des christlichen ungarischen Staates, der sich an die Gemeinschaft der europäischen Staaten anschloss, vom 11. Jh. datiert werden, und die Verstaatlichung des Rechts breitete sich mit der Schwächung des privatrechtlichen (patrimonialen) Charakters der königlichen Macht und der Entstehung der königlichen Macht mit öffentlich-rechtlicher Legitimation aus (14–15. Jh.). Die staatliche Gesetzgebung entwickelte innerhalb der Kategorie der Rechtsquellen neben dem Gewohnheitsrecht seine eigenen, neuen Formen der Rechtsnormen: das Gesetz und das daraus später selbständig gewordene Privileg und den Erlass.

1. Die Entstehung des anfänglichen Rechts geht in die ferne Vergangenheit zurück, wir haben nur lückenhafte Kenntnisse über seine Elemente. Es sind lediglich Bruchteile, die wir mit der Methode der Analogie zu einem verständlichen Bild ergänzen können. Die vereinzelt Nachrichten beweisen eher nur die Existenz eines Rechts, sie liefern aber keine Auskunft über seinen Inhalt. Wir wissen z. B., dass im 9. Jh. bei den Ungarn der Kauf eine natürliche und häufige Erscheinung war, deren Regeln ausgefeilt waren. („... mit den entgegenkommenden Byzantinern halten sie eine Messe ab. Sie [die Ungarn] verkaufen ihnen ihre Sklaven und kaufen byzantinischen Brokat, Wollteppiche und andere byzantinische Waren.“) Die genau ausgearbeiteten Regeln der Eheschließung beweisen, dass das Alltagsleben in rechtlichen Rahmen ablief. Die Ehe erschien in dieser frühen Auffassung als Kauf, in dem die späteren ehgüterrechtlichen Institute zu entdecken sind. (Die diesbezüglichen Aufzeichnungen des



Wissenschaftlers Dschahani von Bokhara aus dem 9. Jh. blieben uns in der Umschrift von Ibn Rusta und Gardisi erhalten.) Wir wissen, dass Árpád „nach Gewohnheit und Recht“ zum Fürsten gemacht wurde. (Constantinus Porphyrogenitus bekräftigte diese Information in seiner Arbeit über die Regierung des Reichs.) Wir wissen, dass bei den Ungarn während der Feldzüge strenge Regeln in Kraft traten, es wurde eine Art von Militär- oder Kriegsrecht eingeführt. „Von seinen Vorgesetzten erhält er für seine begangenen Schulden harte und schwere Strafen.“ (Darüber sprach Kaiser Leo Sapiens im 10. Jh. in seiner „Taktik“.) Wir wissen, dass man für Straftaten während militärischer Unternehmungen streng zu Verantwortung gezogen wurde und Sanktionen verhängt wurden. (Über mögliche Strafen berichtet Ibn Fadlan in seinem Reisebericht, dass die Strafe derjenigen, die die Flucht ergreifen, der Tod war [Der König „läßt sie entzweien oder kreuzigen oder bei ihrem Hals an einen Baum hängen“], eventuell erniedrigender Statusverlust, Trennung von ihren Frauen und Kindern, sogar deren Schenkung an andere, Konfiszieren ihrer Pferde, ihres Mobiliarvermögens, ihrer Waffen und sogar ihrer Unterkunft.) Ein Beweis für die Existenz einer Rechtsprechung und der Keime einer Organisation der Rechtsprechung ist es, dass die obersten Führer der Stammesbündnisse, der Gyula und der Karcha das Amt der Richter bekleideten, wie dies von Konstantin, dem in Purpur Geborenen, bezeugt wird. Neben diesen lückenhaften Kenntnissen sind das für die ersten Jahrhunderte des Christentums charakteristische Gewohnheitsrecht und das anfängliche Gemeinschaftsrecht, welche insbesondere im Privatrecht zu ertappen sind, Beweise für die Existenz und Kraft des anfänglichen Rechts. Auf der Gemeinschaft des Bluts und des Rechts basierte das Institut des Stammgutes, die Gemeinschaft des Stammguts, die Avitizität, daraus entwickelte sich der Stand der mitbeteiligten Verwandten, das Recht der Familie und des Geschlechts. Die Gesetze Istváns des Heiligen versprachen Eingriffe vor allem in Fragen des öffentlichen Rechts: den größten Teil der Privatverhältnisse ließen die neuen Verordnungen unberührt: in diesem Bereich lebte das nunmehr von der königlichen Macht akzeptierte Gewohnheitsrecht (*consuetudo*), das anfängliche Recht weiter. (1)

Das Gewohnheitsrecht ist das stärkste Element der mittelalterlichen Rechtsordnung: hinsichtlich ihrer Entstehung und Entwicklung ist sie das beste Mittel zur Regelung des Lebens der Gesellschaft. Die Gesetzgebungsaktivitäten der ersten ungarischen Herrscher waren auf die Schaffung der Rahmen des gesellschaftlichen Lebens, der Struktur der neuen Staatsorganisation und der oberen Ebene der Machtausübung ausgerichtet. Die mangelnde Schriftlichkeit machte in vielen Fällen die Durchsetzung dieser Anstrengungen zufällig. Die rohe Kraft der Macht, die Autorität und die Überzeugung standen der niedrigen Effektivität der unausgebauten oder anfänglichen Verwaltungsorganisation, der Überzeugungskraft der traditionellen Werte und der internen Gewohnheitsordnung der geschlossenen Gemeinschaften gegenüber. Deshalb konnte das königliche Recht eine umfassende und eingehende Regelung der Lebensverhältnisse keinesfalls umsetzen. Die Lösung dafür baten zwei Quellen an: das Weiterleben des Rechts und der Gewohnheitsordnung, die vor der Entstehung des Staates bestanden bzw. die Rechtsprechung, welche die konkreten rechtlichen Konflikte auch bis dahin löste.

Das Gewohnheitssystem der herkömmlichen Gesellschaft wurde selbstverständlich in die neue gesellschaftliche und rechtliche Konstruktion übernommen. In den Bereichen, wo die neue Macht nicht eingriff, blieb das alte Recht in Form des Gewohnheitsrechts weiterhin der regelnde Faktor des gesellschaftlichen Lebens. Dieses umfangreiche rechtliche Material wurde dann vom Richter, den der Staat bestellt hat und der zum bestimmenden Faktor des rechtlichen Lebens der späteren Jahrzehnte und Jahrtausende geworden ist, von den überflüssigen

Elementen bereinigt, ergänzt, aktualisiert und geändert, hinzu kam noch seine zwingende Macht. Auf diesem Wege wurden zahlreiche Rechtsinstitute, die noch in der Gesellschaft der Blutsverwandtschaft entstanden sind, in das Recht des neuen Systems eingebaut.

Da die Adaption (von wenigen Ausnahmen abgesehen) von der Rechtsprechung und der richterlichen Praxis vorgenommen wurde, wurde im Laufe der Zeit diese Form der Rechtsgestaltung zur wichtigsten Quelle des Gewohnheitsrechts. Wie die Zeit der ersten Könige immer weiter zurücklag, so gewann die sich flexibel an die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung anpassende Gerichtspraxis immer mehr an Bedeutung. Die Rechtsprechung in dieser Rolle suchte durch Verbesserung der Schwerfälligkeit und Unsicherheit der Gesetzgebung nach unmittelbaren Antworten auf die täglichen Probleme der Rechtsauslegung. Sie erwies sich als entsprechendes Mittel für die neuen Grundbesitzer, die ihre Macht ausbauten, in der Durchsetzung ihrer Überlegenheit und in der Deklaration ihrer Kraft. Die verschiedenen Gemeinschaften auf den niedrigeren Ebenen (Komitate, privilegierte Bezirke, Städte, Gemeinden) konnten ihre Selbstverwaltungsorganisationen, die Grundelemente der Selbstständigkeit sowohl der Stände als auch der verschiedenen Gremien, um ihre autonome Rechtsprechung herum ausbauen. Der Erhalt und die Ausübung des Rechts zur Rechtsprechung (*privilegium fori*, Immunität, *Jus gladii*, Recht der Städte zur Rechtsprechung usw.) bedeutete für diese größeren und kleineren Gemeinschaften der Gesellschaft die Grundlagen der Selbstverwaltung. Es ist kein Zufall, dass in der ungarischen Rechtsgeschichte bis zum 18. Jh. die bedeutendste Rechtsquelle das Gewohnheitsrecht (*consuetudo*) ist. Im Mittelalter gab das in der Gerichtspraxis entstandene Recht erst vom 16. Jh. an nur langsam und Schritt für Schritt, aber nicht ansehnlich, dem Druck des geschaffenen Rechts nach.

Die in den Wohn- und Arbeitsgemeinschaften entstandenen und dort zur allgemeinen Überzeugung gewordenen Normen und ihre wiederholte Anwendung begründete den Übergang zum Gewohnheitsrecht. Die so entstandenen Regeln wurden auch von der Rechtsprechung anerkannt, und die Verletzung dieser Normen wurde sanktioniert. Das durch die Gerichtspraxis ausgestaltete Gewohnheitsrecht entstand durch gleiche Urteile in ähnlichen Fällen. Das Richterrecht entstand im Zuge der Tätigkeit der rechtsprechenden Foren in der Gesetzgebung bzw. im Bereich der Reformierung und Weiterentwicklung der Rechtsnormen. Es wurde wegen Lücken und Mängel des Rechtssystems notwendig. Gemäß der mittelalterlichen ungarischen Rechtsauffassung sind *Gewohnheit* und *Kausalität* unerlässliche Bestandteile der Rechtsgültigkeit. Wenn das Recht alt und gut ist, ist es gültig. Die Gewohnheit wurde daher zum Recht, wenn sie diese Kriterien erfüllte, also sie war einerseits kausal (*rationalis*), wenn sie der Verwirklichung des Gemeinwohls diente, nach der allgemeinen Meinung richtig war und dem Rechtsgefühl entsprach, andererseits war sie gewohnheitsmäßig, wenn sie sich wiederholte (d.h. häufig vorkam) und beständig war (eine gewisse Zeit aber mindestens 10 Jahre in der Praxis).

Die Tatsache, dass im ungarischen Recht das Gewohnheitsrecht eine überwiegende Rolle spielte, übte einen grundsätzlichen Einfluss auf die Entwicklung des ganzen Rechts aus, und sie bestimmte zugleich das Maß und die Intensität der Wirkung des europäischen Rechts in Ungarn, sowie die Effektivität der versuchten Rechtsharmonisierung im Zuge der Modernisierungsbestrebungen, die größtenteils mit geschriebenem Recht operierten. Bis zum 15–16. Jh. wiesen aber die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens, die Forderung der Rechtssicherheit, die Strebung des Staates nach Rechtsordnung sowie die Rechtssetzungsabsicht des Ständetags gleichermaßen in die Richtung der Zusammenfassung des lebendigen Rechts hin. „Ihm wurde zur Urteilsfassung bezüglich eines Gesetzes ein Buch gebracht, das zehn



oder noch mehr Texte mit gegensätzlichem Inhalt enthielt, zum größten Entsetzen der anderen Richter" – erinnerte der damalige Richter. Die Reichstage forderten nicht nur im Bereich des Gesetzesrechts Reformen, sondern die Diäten von 1498 und 1500 verpflichteten die Exekutive auch zur Sammlung und Sortierung des landesweiten Gewohnheitsrechts. Das 16. Jh. führte nicht zu einer vollständigen Sammlung der geschriebenen Rechtsnormen, aber in dieser Epoche entstanden Sammlungen des Gewohnheitsrechts mit Wirkung auf Jahrhunderte, so auch das vom Urteilsmeister István Werbőczy zusammengestellte Tripartitum (Hármaskönyv). Ferdinand I. stellte zur Überarbeitung des Tripartitums einen Ausschuss auf (Gesetz Nr. 10 und 11 aus dem Jahre 1550). Die deputatio, an deren Arbeit Pál Gregoriánczi, Bischof zu Zagreb, Ferenc Újlaki, Bischof und Statthalter zu Győr sowie Márton Bodenarius, Rechtswissenschaftler teilnahmen, nannte ihr Werk Quadripartitum (Négyeskönyv [Quadripartitum opus juris consuetudinarii regni Hungariae]). Die Arbeit wurde 1553 fertiggestellt, aber weil die Regierung politische, der ungarischen Verfassung widersprechende Regeln hinein zwingen wollte, vereitelte der Meinungsunterschied die Fassung des Buches in eine endgültige Form. Das Quadripartitum wurde 1788 in Zagreb zu wissenschaftlichen Zwecken gedruckt, und die Gerichtspraxis benutzte sie gelegentlich.

Die Reihe der Sammlungen des Gewohnheitsrechts wurde außerdem auch durch die Sammlung der Entscheidungen, herausgegeben von Maria Theresia im Jahre 1768, erweitert. Sie enthielt diejenigen Grundsatzentscheidungen der Kurie (Planum Tabulare) seit ihrer Neuorganisation im Jahre 1723, welche von der aus den Richtern der Kurie bestehenden Kommission für wichtig gehalten waren. Die Siedler (hospes), welche das städtische Leben schufen und entwickelten, brachten ihr eigenes Recht mit, und diese fremden Gewohnheitsrechte wandelten sich mit der Entfaltung der städtischen Freiheit in Stadtrechte um. Die ersten Stadtrechte entstanden in Székesfehérvár/Stuhlweißenburg, Buda/Ofen, Selmecbánya/Schemnitz, Nagyszőlös und Zagreb. Das Schemnitzer Rechtsbuch aus dem 13. Jh. wurde auf Deutsch geschrieben, und das Ofner im Jahre 1413 zusammengestellt. Der erste Teil des Pozsonyer/Pressburger Rechtsbuches ist das jüdische Rechtsbuch von 1376, und der zweite Teil ist das eigentliche Rechtsbuch der Stadt, dessen Normen Anfang der 1400er Jahre entstanden. Das städtische Recht kam auch in der Praxis der Gerichte der höchsten Ebene zur Geltung. Die Bürger der Stadt konnten in ihren Streitsachen Berufung beim König einlegen, der mit der Rechtsprechung den Schatzmeister beauftragte. So wurde dieser ursprünglich nur Wirtschaftssachen verwaltende hochrangige Beamte zur Zeit von Zsigmond zum ständigen Richter der Städte. Das Tavernikalrecht, also das in den Verfahren vor dem Stuhl des Schatzmeisters angewendete und anzuwendende konsensuale Recht wurde während der Herrschaft von König Matthias vom Schatzmeister János Laki Thuz zusammengestellt, um das einheitliche Verfahren sicherzustellen. Er verschickte es an die Tavernikalstadt. Wegen Untergang der ersten Sammlung besteht das Tavernikalrecht schließlich in der 1602 in Bártfa erschienenen Sammlung der Tavernikalartikel (Articuli iuris tavernicalis). Die später auch im Corpus Juris erschienenen Artikel fassten die Regeln des Rechtswegs im Tavernikalrecht und in den Verfahren vor dem Schatzmeister zusammen. Diese Artikel des Tavernikalrechts wurden bis 1848 angewendet. (2)

Die Tatsache, dass das ungarische Rechtssystem von einer deutlichen Überlegenheit des Gewohnheitsrechts gegenüber anderen Rechtsquellen gekennzeichnet war, war nicht zuletzt dem Urteilsmeister István Werbőczy zu verdanken, der mit der Schaffung des Tripartitums die für Jahrhunderte die wichtigste Rechtssammlung des ungarischen Rechts zustande brachte.

Das Tripartitum (sein vollständiger Titel lautet: Tripartitum opus juris consuetudinarii inclyti Regni Hungariae) fasste in erster Linie das Recht des Adels zusammen, was teils aus

politischen, teils aus praktischen Gründen völlig natürlich war. Die öffentlich-rechtlichen Kämpfe und das Konzept der Gleichberechtigung des niederen Adels machte selbstverständlich, dass Werbőczy die Zusammenfassung der rechtlichen Grundlagen des Status des niederen Adels zusammenfasste. Auch praktische Gründe erklärten das inhaltliche Übergewicht von adeligem Recht. Das Tavernikalrecht war gerade erst in der Phase der Entstehung begriffen, das Recht der freien königlichen Städte wurde noch nicht auf Landesebene erhoben. Das bauerliche Recht, das auf der Immunität, Jus gladii, dem Recht der Grundherren und auf dem Patrimonialgericht basierte, zeigte noch weniger Einheitlichkeit als das der Städte, wenn ein Teil davon überhaupt auf Landesebene hochkommen konnte.

Das Werk von Werbőczy, die Zusammenfassung des ungarischen Landesrechts wurde auch im ungarischen Reichstag behandelt und gebilligt, vom König sogar 1514 mit einem Bestätigungsbrief versehen. Der Herrscher verweigerte jedoch die Sanktionierung, und so konnte es formal nicht Teil des Gesetzesrechts werden. Da die Arbeit nicht sanktioniert wurde, ließ sie der Urteilsmeister auf eigene Kosten in Wien drucken und verschickte sie an die Komitate und Gerichte. Im Laufe der Jahrhunderte wurde das Tripartitum zum meistangerufenen ungarischen Werk, und als „die Bibel des Adels“ blieb es bis zur bürgerlichen Umwälzung das maßgebliche Werk des ungarischen Rechtslebens, einige Stellen von ihm erlebten sogar das zwanzigste Jahrhundert. Seine Wirkung ist auch daran zu messen, dass sie in den Quellen nach einem Jahrhundert schon als „Dreiergesetz“ erwähnt wird, zahlreiche Gesetze rufen es sogar als Rechtsnorm mit Gesetzeskraft an, indem die Arbeit stellenweise sogar Gesetz genannt wird.

Auch die Verzögerung der offiziellen Zusammenfassung des dekretalen Rechts begünstigte die Verbreitung des Tripartitums. Diese, im Vergleich zu der unübersichtlichen Menge der geltenden Rechtsnormen kurze, bündige, das Wesentliche anstrebende und begründete Zusammenfassung bot sich als rechtliches Handbuch der Praxis an. Schon 1565 wurde seine ungarische Übersetzung veröffentlicht, aus der Feder von Balázs Veres. Darauf folgte eine ganze Reihe von Übersetzungen: Gáspár Heltai (1571), János Laskai (1589), Menyhárt Fodik (1639), Ferenc Nagy (1699), János Perger (1830). Seine Übersetzung ins Kroatische erschien 1574 (Iván Pergossich), und ins Deutsche 1599 (Ágoston Wagner).

Das Buch behandelte das Recht des Landes außer dem Prolog in drei Teilen und in den Teilen in Titeln. Das Vorwort beinhaltet die rechtsphilosophische Grundlegung und einige öffentlich-rechtliche Ausführungen. Dieser Teil bat Werbőczy István die Möglichkeit, die Gesichtspunkte der Systematisierung darzulegen. Da der Prolog Ort der Präzisierung von Begriffen war, konnten hier einige Grundsätze und Begriffe des römischen Rechts erscheinen. Gegenstand des ersten Teils ist überwiegend das Privatrecht, der des zweiten Teils das Prozessrecht, während der dritte Teil die ergänzenden Regeln und die Anmerkungen enthält, sowie das Recht für Siebenbürgen, Slawonien, die Städte und für die Leibeigenen, welches der Autor für wichtiger hielt.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor der Karriere dieses Rechtsbuchs ist die Tatsache, dass die Partei des niederen Adels gerade zur Zeit seiner Entstehung Fuß fasste, und dass sie in der im Tripartitum formulierten Formel der Machtteilung die Ideologie ihrer Machtbeteiligung sah. In dem dreigeteilten Land war in der immer stärkeren Rechtsunsicherheit lange Zeit die Zusammenfassung des Tripartitums der einzige sichere Anhaltspunkt. Das Tripartitum bedeutete die Anerkennung der öffentlich-rechtlichen Gleichberechtigung des niederen Adels. „All diese Hohen Priester, Kirchenoberhäupter und Herren Baronen und andere Magnaten, Adligen und Vornehmen genießen bezüglich ihres Adelstandes und ihrer weltlichen Güter die gleichen Vorrechte der Freiheit, Begünstigung und Steuerfreiheit; kein Herr besitzt eine



in den Bereich des Gewohnheitsrechts, was die raschen Änderungen der Zeit nicht begünstigte. Auch die Bestrebungen des niederen Adels im Reichstag standen damit im Einklang. Im Gegensatz zur gewohnheitsrechtlichen Regelung, die dem hohen Adel freie Hand gab, war der niedere Adel an der Vorherrschaft von Dekreten, die klar, eindeutig, in Gesetzen festgehalten und in der Auslegung für sie vorteilhaft waren, interessiert. Eine anfängliche Formulierung dieses Anspruchs war der Beschluss von 1439, der den König ersuchte, „die alten Gesetze und Gewohnheiten, die Rechte der Bevölkerung des Landes unter Mitwirkung der Hohen Priester, Bannerherren und Adeligen wiederherzustellen, zu ergänzen und zu verbessern.“

Es ist kein Zufall, dass in der behandelten Epoche die Frage der Neuordnung des Rechts sogar auf die Tagesordnung mehrerer Reichstagsitzungen gesetzt wurde. Die Landesversammlungen 1504, 1507, 1514 und 1525 forderten von der königlichen Regierung die Sammlung und Verbesserung der Dekrete. Die königliche Macht löste zwar die Aufgabe nicht, aber neben dem Tripartitum, erschienen als Privatausgabe von István Werbőczy, entstand auch das Ungarische Corpus juris, zusammengestellt von Rechtswissenschaftlern, und typischerweise ebenfalls als Privatarbeit.

Die als Gesetze von István I. (dem Heiligen) erhalten gebliebenen Kapiteln (*capitulum*) sind Dokumente der Umgestaltung der Gesellschaft im Systemwechsel. Die Wissenschaft ordnete die Ermahnungen von König István dem Heiligen an seinen Sohn, Prinz Imre, diese Quelle, die in die Reihe der europäischen Königsspiegel passt, lange Zeit zu den Gesetzen ein. Das als erstes Buch der Gesetze von László dem Heiligen aufgefasste Buch enthält die Beschlüsse des Konzils zu Szabolcs 1092. Das zweite und dritte Buch (zeitlich das erste, und vermutlich noch vor der Herrschaft von László entstanden) fassten die Strafen und Prozesse bezüglich einzelner Straftaten zusammen. Das erste Buch der Gesetze von Kálmán enthielt die Beschlüsse des Reichstags 1096, und das zweite umfasste die Privilegien der Juden und die Beschlüsse der Konzile, die während seiner Herrschaft abgehalten wurden. Während der Herrschaft von András II. ist die Änderung der Ausrichtung und des Inhalts der Gesetzgebung deutlich zu spüren. Im Gegensatz zu den früheren, meist strafrechtlichen Verordnungen, enthielten die Goldene Bulle von 1222 und die auf Grund deren herausgegebenen Dekrete vor allem verfassungsrechtliche Regelungen. In diesen Dekreten kamen privatrechtliche Normen und Institute nur insofern vor, wenn diese die öffentlich-rechtliche Stellung oder die Freiheit des Adels betrafen. Das Gesetzbuch des Königs Béla IV. aus dem Jahre 1267 erneuerte größtenteils die wichtigsten Verfügungen der Goldenen Bulle. Besonders für das öffentliche Recht sind die von András dem II. 1290 und 1298 zusammen mit dem Königlichen Rat und dem Reichstag gemeinsam verabschiedeten Gesetze kostbare Stücke der Gesetze aus dem 13. Jh. Während der Herrschaft der Anjous, vor allem des Königs Károly Róbert, kam in erster Linie die Gesetzgebungsgewalt des Königs zur Geltung. Manchmal sogar dermaßen, dass die Gesetzgebung häufig ohne den Reichstag, lediglich mit Unterstützung des größeren königlichen Rates vor sich ging. 1351 berief Nagy Lajos (Ludwig der Große) einen Reichstag ein, in dem er die Goldene Bulle – mit Ausnahme des Artikels 4 – bekräftigte und neue Verfügungen hinzufügte. Dieses Gesetz bekräftigte das Rechtsinstitut der Avitizität, führte das Neuntel ein und deklarierte als rechtliche Anerkennung des niederen Adels die eine und gleiche Freiheit des Adels. Zsigmond betonte bei Zurückdrängen des Gewohnheitsrechts immer mehr die Wichtigkeit der Gesetze. Vom 15–16. Jh. an wurden die Gesetze in Ungarn von der Nation und dem gekrönten König gemeinsam gegeben. Im weiteren sind die Artikel nicht mehr in erster Linie mit dem Namen des Königs, der sie erließ, sondern mit dem Datum des Reichstags, von dem sie erlassen wurden, gekennzeichnet.

Mit der Sammlung der ungarischen Gesetze wurde im 16. Jh. begonnen. Als erster fügte der Geschichtsschreiber Joannes Sambucus den Text der von ihm gesammelten Dekrete der geschichtlichen Arbeit von Bonfini 1581 bei. Danach veröffentlichten die Bischöfe zu Nyitra und zu Pécs ihre verbesserte und ergänzte Sammlung (1584). [Das Drucken und Übersenden an die Landesbehörden wurde erst von 1595 an üblich.] Die Gesetzessammlung bekam den Titel „Corpus Juris seu decretum generale“ erst bei ihrer Veröffentlichung durch Márton Szentiványi in Nagyszombat 1696. (Zu dieser Zeit geht es bereits um eine stattliche Sammlung, die von den Richtern regelmäßig benutzt, von Zeit zu Zeit mit den Produkten der neueren Gesetzgebung ergänzt und wiederholt veröffentlicht wurde.) Das Corpus juris Hungarici war eine Gesetzessammlung, also die erlassenen Dekrete und Artikeln wurden vom Redakteur einfach in eine zeitliche Reihenfolge gestellt. Im Vergleich zur Gesetzessammlung stellten Kompilationen, erschienen in Ungarn in der Gesetzgebung von Siebenbürgen, einen Fortschritt in Richtung einer Ordnung dar. Die Zusammensteller dieser Sammlungen führten außer der Zusammenstellung einer zeitlichen Reihenfolge schon gewisse inhaltliche Änderungen durch: sie klammerten die offensichtlichen Widersprüche und die gewusst nicht zur Geltung kommenden Verfügungen aus; sie versuchten, die Regeln nach einem System nach einander zu stellen. Gábor Bethlen, der Fürst von Siebenbürgen erließ 1619 eine Prozessordnung, welche die Rechtsnormen über Art und Weise und Ordnung der Rechtsprechung beinhaltete. Während der Herrschaft des Fürsten György Rákóczi II. wurde das Werk mit dem Titel „Bekräftigte Beschlüsse des Siebenbürgischen Landes und der angeschlossenen Teile Ungarns (Approbatæ Constitutiones Regni Transylvaniae et Partium Hungariae eidem annexarum)“ 1653 fertiggestellt. Es enthielt alle existierenden und auffindbaren Artikeln des transsylvanischen Rechts. Die fünf Teile der Approbaten beinhalteten das Kirchenrecht, das Staatsrecht, die Rechte der Stände und der Nationen, sowie verwaltungsrechtliche Normen. Als ein zeitliches Folgestück der Approbaten wurde im Auftrag des Fürsten Mihály Apafi I. im Jahre 1669 die Kompilation „Gesammelte Beschlüsse des Siebenbürgischen Landes und der angeschlossenen Teile Ungarns (Compilatae Constitutiones Regni Transylvaniae et Partium Hungariae eidem annexarum)“ erstellt. Das letzte Gesetzbuch von Transsylvanien war das mit dem Titel „Articuli Novellares (Neue Artikel)“, welches die von 1744 bis 1848 erlassenen Gesetze zusammenfasste. Die eigentlichen Mittel zur Ordnung des Rechts waren zweifellos die nach der Entstehung der verschiedenen Rechtszweige geschaffenen *Gesetzbücher* (Kodizes). Die in den Kodifizierungsbewegungen entstandenen umfassenden (oft wirklich eine große Menge von Regeln beinhaltenden) Gesetze beabsichtigen die konzeptionelle, alle Details umfassende Ordnung eines ganzen Rechtszweiges. Die ungarische Rechtshistorie zeichnet solche Versuche vom 18. Jh. auf: 1712 zeichneten der Rechtslehrer Mihály Bencsik in Nagyszombat, bzw. 1795 in der Reihe der „Regelmäßigen Ausschüsse“ der Rechtsausschuss jeweils einen Strafgesetzentwurf. Diese wurden aber nicht zu Gesetzen. (4)

3. In den ersten Jahrhunderten des ungarischen christlichen Staates stand das Recht der Gesetzgebung dem Herrscher zu. In der westlichen Hälfte von Europa war die Expansion der Könige in der Gesetzgebung wegen der Symbiose der germanischen Volksrechte, des römischen Rechts, der bröckelnden Struktur der germanischen Stammesstaaten und der zerfallenden Ruinen des Römischen Reichs ein mehrere Jahrhunderte lang andauernder Prozess. Die königliche Gesetzgebung verbreitete sich dort im Mantel des Volksrechts, und man musste lange Zeit warten, bis sich das Gesetz vom Druck der Gewohnheit frei machen konnte. In dieser Hinsicht war die ungarische Dynastie der Staatsgründer in einer deutlich besseren Position, denn die gesetzgeberischen Bestrebungen des Königs wurden nach der politischen



Entscheidung des Beitritts vom Zwang der Rechtsharmonisierung, die von den christlichen Staaten als Bedingung gestellt wurde, sowohl inhaltlich als auch formal unterstützt. Es stand über alle Zweifel, dass István, der den Systemwechsel umsetzte, die Regel, welche dem Aufbau und dem Funktionieren des neuen Gesellschaftsmodells diente, in Rechtsnormen fassen wird. Die Gesetzgebung ist somit seit der Zeit unseres ersten gekrönten Königs Teil des ungarischen Rechtslebens. Die Wirksamkeit der Dekrete ist jedoch mindestens fraglich. *„Ihre Wirkung war gering, denn woher hätten die Leute sie kennenlernen können? Wenn ... der lateinische Text der Dekrete in irgendwelchen Versammlungen auch verkündet wurden, kümmerte sich niemand um ihre Aufbewahrung und die Möglichkeit der Einsichtnahme, und sie konnten nicht einmal in Kraft treten, wenn sie der Gewohnheit widersprachen. Deshalb war es nicht üblich, dass Gerichte vor Ende des 15. Jahrhunderts sich auf Gesetze berufen.“* (Ferenc Eckhart). Das Dekret war die Willenserklärung des Königs, die er nach Anhören seiner Berater festhielt. Das Gesetz unterschied sich kaum von der Urteilsentscheidung bei der Rechtsprechung (in Fragen sowohl der Rechtspflege als auch der Regierung). Die Gesetze wurden anfangs in Form von Privilegien erlassen. Der größte Teil der Gesetze aus der Zeit der Árpáden-Könige zeugt nicht von einem durchdachten Gesetzgebungskonzept: ihr Inhalt ist weitverzweigt, ihre Konstruktion ist konzeptlos. Anfangs wendeten die Herrscher vor allem strafrechtliche Normen an, die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse verbreitete sich erst nach dem 13. Jh.

Die königlichen Gesetze entstanden meist im Hofe des Herrschers, im Beisein seiner Räte während der Urteilsfindung. Da die in eine Urkunde gefassten Gesetze nicht zur gleichen Zeit entstanden, weisen die unterschiedlichen Texte in einem Dekret auf unterschiedliche Quellen hin. An einer Gesetzesstelle heißt es, dass die Dekrete vom königlichen Senat (*regalis senatus*), anderswo wiederum von der königlichen Versammlung (*regale concilium*), von der gemeinsamen Versammlung (*commune concilium*) oder eben von der „Sammlung der hohen Herren“ gebilligt wurden.

Von der Vorbereitung der Gesetze wissen wir ziemlich wenig. Es kann als sicher angenommen werden, dass die Abfassung der überlieferten Dekrete in lateinischer Sprache Arbeit kirchlicher Schreibkundiger war. Das ist die Erklärung dafür, warum in den Texten aus der Zeit von István dem Heiligen wortwörtlich aus dem Ausland übernommene Gesetzestexte oder Beschlüsse von Konzilen zu finden sind. Forscher der Gesetzgebung dieser Epoche nehmen an, dass mit der Abfassung von Beschlüssen, die bei politischen Entscheidungen bzw. bei Rechtsprechung entstanden und allgemein schienen, rechtskundige Priester beauftragt wurden, die im königlichen Rat ihre Vorschläge unterbreiteten. Die Verhandlung verlief gewiss mündlich und mit Rücksicht auf die mangelhaften Sprachkenntnisse der weltlichen Menschen in Latein, mit großer Wahrscheinlichkeit in ungarischer Sprache. (Die Tatsache, dass Albericus, der im Auftrag des Erzbischofs Seraphin den Gesetzestext abfasste, eine Entschuldigung wegen seiner mangelhaften Kenntnisse in Ungarisch am Anfang des Gesetzbuches von Kálmán I. schrieb, scheint diese Annahme zu bestätigen.) Die Verkündung der Gesetze konnte auch nicht anders erfolgen, als vor den anwesenden Bischöfen, Gespanen und anderen hohen Herren: für die später üblich gewordene Verkündung „von Dorf zu Dorf“ bestanden jahrhundertlang noch weder Voraussetzungen noch die Praxis. Dass die Gesetze der frühen Árpádenzeit trotz Verheerungen der unruhigen Geschichte und der Feldzüge überliefert worden sind, lässt darauf schließen, dass mehrere Exemplare vorhanden sein mussten.

Mit der Entstehung der Stände musste der König zuerst die Machtzunahme des hohen Adels und danach die des niederen Adels zur Kenntnis nehmen. Im Laufe dieses Prozesses besetzten die Vertreter der zwei Schichten die einzelnen Ebenen des sich um den König

bildenden und organisierenden Apparats, gestalteten sie nach ihrem Bild und zwangen den König, die Interessen der ständischen Kräfte zu akzeptieren. Die Stände stellten den Reichstag Schritt für Schritt in den Fokus der Macht und machten die Entscheidung in den grundlegenden Fragen zu einer seiner wichtigsten Funktionen. Das königliche Gesetz gelangte so in die Kompetenz des Reichstags, und die Gesetzgebung wurde zum Recht der Ständeversammlung. Für die Fassung, Geltung und Wirkung der so entstandenen Reichstagsgesetze galten natürlich andere Regeln als früher. Der Mittelpunkt der Gesetzgebung wurde in der Ständegesellschaft unbestritten der Reichstag, in der Formel des ständischen Dualismus wurde das Recht zur Fassung der gesetzlichen Entscheidungen als Kompromiss zwischen dem König und den Ständen, zwischen *rex* und *regnum*, König und Land (Stände) geteilt.

Organisation und Beratungsweise des Reichstags erhielten ihre endgültige Form im Laufe der Jahrhunderte. Die bis zum 16. Jh. typischen Reichstage bei persönlicher Anwesenheit fanden am häufigsten auf der Wiese des Rákos, unter freiem Himmel, manchmal in riesengroßen Zelten statt. Die Verhandlungen liefen in der Regel parallel im einigermaßen abgetrennten königlichen Rat und in den Sitzungen mit massenweiser Teilnahme des niederen Adels. Der königliche Rat übernahm zweifellos eine Art Vorbereitungsrolle. *„Als seine Majestät einen Reichstag verkündete oder sonst eine Beratung abzuhalten beabsichtigte, seine Majestät rief vorher die Herren Hohen Priester und Baronen und seine anderen Räte zusammen ... um den Herren Hohen Priestern und Baronen und den Räten seiner Majestät die Angelegenheiten, Umstände und die Bedürfnisse des Landes vorzulegen, weshalb er die Abhaltung des Reichstages verordnete.“* Bezüglich der Ordnung der Sitzungen hielt das Gesetz klar fest, dass die hohen Herren des Landes über diese Sachen *„leise, mäßig und ernst“* zu verhandeln haben (Art. 25 von 1495). Aus dieser Praxis des königlichen Rates entfalteten sich die Konturen der Obertafel, die sich bis zum 17. Jh. befestigten, und in ihr befestigte sich die persönliche Einladung von Hohen Priestern und Baronen und das System der Erbmitgliedschaft. (1608, 1 Jahr nach der Krönung) Die Obertafel erhielt 1608 ihre endgültige Form und hielt ihre Beratungen schon unter dem Vorsitz des Palatins. Die Untertafel entstand mit der Entstehung des Systems der Vertretung des Komitatsadels durch ihre Adegaten. Die in die Untertafel delegierten Adegaten hielten ihre Sitzungen (Landessitzung, *sessio regnicolaris*) unter Vorsitz des königlichen *personalis* ab. Der Kontakt zwischen den beiden Tafeln wurde mittels Botschaften aufrechterhalten, bei Bedarf wurden gemeinsame Beratungen (*sessiones mixta*) abgehalten. Vom 18. Jh. an hielten die Adegaten der Komitate und der freien königlichen Städte schon Bezirkssitzungen (*sessio districtualis*) ab. Die sich gemäß den beiden Donau- bzw. Theiß-districta versammelten Adegaten wählten Vorsitzende und Notare, unter ihrer Leitung stimmten sie ihre Standpunkte ab und verglichen ihre Instruktionen, um die Verhandlungen in der Sitzung der Untertafel unter Vorsitz des Vertrauensmannes des Königs, des *personalis*, gut vorbereitet aufnehmen zu können. Die in diesen Vorbereitungssitzungen mit Mehrheit verabschiedeten Vorschläge wurden in der Regel auch im Plenum der Untertafel gebilligt. Die Stände bestellten in ihren Sitzungen gelegentlich prozessuale Einzeldeputationen bzw. Ausschüsse zur inhaltlichen Vorbereitung oder Abfassungsarbeiten sowie Landesausschüsse (*regnicolaris deputatio*) zur Erfüllung anfallender Kodifikationsaufgaben.

Die Beratungen der Reichstage verliefen nach einer fest geregelten Ordnung. Hausregeln bezüglich der Diätsitzungen – obwohl es Versuche gab (wie z.B. der Planum von Miklós Esterházy im Jahre 1638) –, wurden bis zum repräsentativen Reichstag 1848 nicht verabschiedet.

Zum Thema der Reichstage (so auch zu den Gesetzen) konnten sowohl der König als auch die Mitglieder des Reichstags Vorschläge unterbreiten, natürlich in unterschiedlicher Form.



Die Eröffnung des Reichstags erfolgte mit Übernahme der königlichen Vorlagen (propositiones regiae), in denen der König das von ihm erwünschte Gesetzgebungsprogramm des einberufenen Reichstags umriss. Die Komitate, die freien privilegierten Gebiete und die freien königlichen Städte formulierten gleichzeitig mit der Wahl ihrer Ablegaten ihre Anweisungen für die Ablegaten (instructio) und sie fassten ihre Beschwerden und Wünsche (gravamina et postulata) zusammen. Die Stände setzten die Abhilfe ihrer Beschwerde häufig als Bedingung für den Beginn der Verhandlungen. Außer den in den königlichen Propositionen festgehaltenen Beschwerden und Wünschen konnten auch sonstige Fragen behandelt werden, die im Verlaufe der Beratungen auftauchten. Falls die Zeit ausreichte, wurden sie an die Tagesordnung gesetzt. Die Abfolge der Gegenstände in den Verhandlungen war in der Regel an die Propositionen gebunden.

Die Beratungen fanden in den Tafeln getrennt statt. Die Sprache der Beratungen war vor dem 16. Jh. vermutlich überwiegend Ungarisch. Eine große Änderung brachten in dieser Hinsicht das 17. und 18. Jh., als gleichzeitig mit der Erscheinung der Vertretung durch Ablegaten die lateinische Sprache Fuß fasste. Die Forscher der ungarischen Staatssprache betonen aber ausdrücklich, dass das Ungarisch in den Beratungen nie völlig ausgeklammert werden konnte. Die Begrüßungsworte in den Tafeln, manchmal sogar die Begrüßung des Königs, wurden auf Ungarisch vorgetragen, und es war eine gewohnte Geste der Könige, dass sie die Stände auf Ungarisch begrüßten. Mehrere Aufzeichnungen bezeugen, dass in den Diskussionen auf der Diät sogar die hohen Adeligen auf Ungarisch polemisierten. Die Stimmen waren ursprünglich auch in der Untertafel pro Kopf aufgeteilt. Mit der Zunahme der Zahl der freien königlichen Städte setzte der niedere Adel die Festhaltung des Prinzips durch, dass die Ablegaten der Städte eine einzige Stimme (votum curiale) haben. Die Stimmen wurden nicht gezählt sondern „auf die Waage gelegt“, d. h. entscheidendes Gewicht hatte „das Votum des wohlhabenderen und nüchterneren Teils“. Den Ablegaten wurde das Wort übrigens in der Reihenfolge ihrer Meldung (Aufstehen) erteilt. Die Stände achteten peinlich darauf, dass die Freiheit des Wortes durch nichts beeinträchtigt wurde, und in dieser Frage vertraten sie auch dem Hof gegenüber immer einen einheitlichen Standpunkt.

Der in der Untertafel verabschiedete Entwurf wurde der anderen Tafel als Botschaft (nuncium) vorgelegt, wo die Diskussion darüber eröffnet wurde. Der konsensuale Text, ausgereift als Ergebnis der von dem hohen Adel gesandten Rückbotschaft (renuncium) (gegebenenfalls mehrere Botschaftsaustausche) oder in den gemischten Sitzungen, wurde in einer Adresse (repraesentatio) abgefasst und dem König übersandt. Der reagierte auf die Entscheidung mit seinem Beschluss (resolutio), der entweder eine Billigung war oder er regte die Stände eventuell zu erneuten Beratungen an. Wenn dies der Fall war, begann alles von Vorne. Wenn die Antwort des Herrschers günstig war, folgte die concentratio, die endgültige Festlegung des Textes und seine Teilung in Artikel, unter Mitwirkung einer Abstimmungskommission (früher die Protonotare) und der Vertreter der Kanzlei. Der Beschluss des Reichstags wurde erst nach Sanktionierung durch den König zum Gesetz, aber er erlangte seine volle Gültigkeit erst nach der Veröffentlichung. Die Sanktionierung erfolgte nach festen Vorschriften. Neben der Unterschrift des Königs musste das Dokument mit dem Gesetzestext auch mit dem größeren königlichen Siegel versehen werden, und es musste im Rahmen der bei der Eröffnung der Reichstage üblichen Zeremonien den Ständen überreicht werden. Als Veröffentlichung der Gesetze galt anfangs die Verlesung der Artikel in der Versammlung, später wurde dies durch die Gewohnheit ergänzt, an die Komitate und königlichen Städte zu verschicken.

Die Spitze der Entwicklung der Gesetzgebung im 18. Jh. stellte die Verfügung der Artikel

von 1790 über die Gesetzgebungsgewalt, der die Ständeversammlung enthielt, dar. Es heißt darin: „Die Gewalt, in Ungarn und in den angeschlossenen Teilen Gesetze zu erlassen, aufzuheben und auszulegen, steht unbeschadet der Verfügung in Art. VIII. von 1741 dem gesetzlich gekrönten Fürsten und den gesetzlich versammelten Kollegien und Ständen zu, außer ihnen darf sie niemand ausüben.“ (Art. 12 von 1790) (5)

4. Die Trennung der Rechtszweige (und dementsprechend das Erscheinen der Versuche zur Kodifikation) ist in der ungarischen Rechtsgeschichte eine ziemlich späte Erscheinung. Die Trennung und Abgrenzung von Rechtsnormengruppen, also die Entfaltung der Rechtszweige steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Rechtswissenschaft, mit den Bedürfnissen der Rechtsdogmatik, mit der Entfaltung der Lösungsmethoden für theoretische und praktische Fragen. Die Rechtswissenschaft trat erst im 17. und 18. Jh. mit der Absicht der Systematisierung und der Schaffung einer Ordnung auf. Der Unterricht an der Universität konnte im 17. Jh. aufgenommen werden, die Praxis hielt die Trennung der Artikel in privatrechtliche bzw. öffentlich-rechtliche Rechtsnormen erst viel später für wichtig. „... die organische Zusammengehörigkeit dieser beiden Rechtsgebiete ist bis zum Sieg der kapitalistischen Produktionsverhältnisse nicht unterbrochen worden.“ (György Bónis) Das öffentliche Recht des Mittelalters (besonders in der Epoche mit feudaler Auffassung) wurde wegen Teilung der öffentlichen Gewalt in der Regel als Privatrecht behandelt. Die öffentlichen Rechte gerieten wegen der feudalen Verhältnisse oft in Privatbesitz und wurden dementsprechend behandelt. Das Recht auf Herrschaft wurde z.B. Recht einer Familie, und der Staat wurde nach dem Tod des Familienoberhauptes als Privatbesitz unter den Familienmitgliedern aufgeteilt. Unter einem privaten Rechtstitel (Kauf, Pfand, Erbschaft, Vertrag) konnten wichtige öffentliche Rechte erworben werden. Das Privatrecht wurde häufig zum öffentlichen Recht, durch den Grundbesitz kam es mit der Verwaltung, mit der Rechtsprechung, sogar mit dem Recht auf militärische Gewalt und mit der Pflicht des Dienstes in Berührung. Kriminalsachen wurden mit privatrechtlichen Mitteln erledigt, bzw. Straftaten wurden mit privatrechtlichen Rechtsfolgen sanktioniert. Wie bekannt, begann die Aufspaltung des Rechtssystems in Rechtszweige im kontinentalen Recht des Mittelalters mit Abhebung des öffentlichen Rechts. Die Differenzierung, die Entstehung von Rechtszweigen aus dem einheitlichen Terrenum des praktischen Rechts begann mit der Entfaltung des öffentlichen Rechts (Verfassungsrechts) in engerem Sinne. Die Keime des späteren, mit deutscher Bezeichnung Staatsrecht genannten Rechtszweigs wurden zwar in der Beschreibung der öffentlichen Gewalt, in der Präzisierung des Begriffs der Gesetzgebungsgewalt bereits im 13. und 14. Jh. beschrieben, die Loslösung der weiteren Bereiche des öffentlichen Rechts ließ jedoch bis zum 18. und 19. Jh. auf sich warten. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der Stände in Ungarn gegen die Habsburgische Einrichtung bewegten sowohl die ungarische Seite als auch den Wiener Hof dazu, ihre öffentlich-rechtlichen Verhältnisse zu ordnen. Im Laufe der jahrhundertlangen politischen und rechtlichen Kämpfe kristallisierte sich auch die 1790 die Form eines Gesetzes angenommene ungarische Ständeversammlung aus. Die Verwaltungsreformen des aufgeklärten Absolutismus und der im Anschluss daran Fuß fassende Begriff der Polizei, das Verwaltungsrecht, oder die Versuche zur Kodifizierung des Strafrechts um die Wende des 18–19. Jh., das Selbständigwerden der Organisation und der prozessualen Regeln der Rechtsprechung weisen auf die Differenzierung des öffentlichen Rechts hin. Die Gestaltung des Privatrechts als ein Rechtszweig nahm ihren Anfang also mit der Entfaltung der im weiteren Sinne zum öffentlichen Recht gehörenden Rechtszweige. Die Formulierung des Privatrechts als ein selbständiger Rechtszweig ist aber schon ein Teil der ungarischen Rechtsgeschichte des 19. Jh. (6)



Ein typischer Zug der ungarischen Verfassungsentwicklung ist es, dass in der Zeit von der Gründung des christlichen Staates bis zur bürgerlichen Umwälzung unterschiedliche Verfassungsmodelle (und dementsprechend auch unterschiedliche rechtliche Konstruktionen und Regelungen) parallel neben einander existierten. Das Ständewesen war nicht die Formation nach dem Feudalsystem, sondern unter den von Anfang an präsenten ständischen Verhältnissen tauchten gewisse feudale Züge auf. Der Absolutismus konnte das Ständewesen nie ablösen, er konnte es durch seine diktatorischen Versuche nur zeitweise beeinflussen oder gewisse Elemente des Ständestaates und -rechts gelegentlich verändern, die dann weiter lebten.

Der in den zentralen Regionen Europas entwickelte und geltende Feudalismus und das feudale Recht entfalteten ihren Einfluss in den Randgebieten wenig oder kaum. Die Gesellschaften, die sich später, oft mit einer jahrhundertelangen Differenz, erst im 11. oder 12. Jh. der zentralen Entwicklung anschlossen, trafen schon das Institut des sich auflösenden Feudalismus an, auf ihr System übte das in Entstehung begriffene Ständewesen eine größere Wirkung aus. Ähnlich war es in Ungarn, wo im 11–12. Jh. nur ein typisches Element des Feudalismus entstand: die Persönlichkeit zwischen dem König und seinen Familienmitgliedern. Es fehlten aber das Vertragsverhältnis, das Gleichgewicht zwischen Dienstleistung und Gegenleistung, die spezielle Freiheit und Stellung der Vasallen, das Moment der gegenseitigen Treue, das System der enteigneten Rechte der Herren und die sachlichen Bezüge der Feudalverhältnisse. Offensichtlich konnte das Feudalrecht mangels Feudalismus als Grundlage weder entstehen noch nach westlichem Muster sich verbreiten. Gewisse Spuren der feudalen Verhältnisse können aber in dem mit dem ständischen Gedanken zusammen lebenden, sich im 13. Jh. entfaltenden Institut der kirchlichen Adligen (*praedialis*) und im Rahmen der Familiarität, die ihre Blütezeit im 14. Jh. erlebte und später in ihrer Bedeutung zurückging, gefunden werden.

5. Im Zuge der Gründung und Stärkung des ungarischen christlichen Staates zogen die ungarischen Herrscher neben den politischen und militärischen Beratern, Bekehrern und Kirchenorganisatoren auch die Juristen zur Hilfe heran. Einen großen Teil der von der europäischen Gemeinschaft der christlichen Staaten gestellten (politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen) Bedingungen eines Anschlusses machte die Voraussetzung der Rechtsharmonisierung aus. Die Verstaatlichung des anfänglichen Rechts und die Adaptation der europäischen Rechtsinstitute machten eine Übernahme zahlreicher Regeln des europäischen Rechts notwendig. So wurden das *ius commune*, das byzantinische Recht, das Kirchenrecht, das römische Recht und zahlreiche Normen der germanischen Rechte zu Teilen des ungarischen Rechts.

Das *ius commune* war im Prinzip bis zur bürgerlichen Umwälzung in Ungarn eine Rechtsquelle, obwohl mit anderen Akzenten. Bis zum 16. Jh. konnten die Gerichte frei aus der europäischen Praxis des *ius commune* schöpfen, obwohl zwischen dem schwer kennenzulernenden *ius commune* und dem heimischen *consuetudo* deutliche Spannungen entstanden. Nach dem 16. Jh. wurde die ungarische Anwendung des *ius commune* von politischen Gesichtspunkten beeinflusst. Nachdem die Habsburger den Thron bestiegen hatten, planten sie die kräftige Einengung der ungarischen Souveränität. In den Augen der Stände war deshalb das Recht des Deutsch-Römischen Reichs (das Recht des Kaisers, d.h. das *ius imperiale*) das *ius commune*. So bedeutete seine Akzeptanz und Anwendung in den Augen der Zeitgenossen die Aufgabe der Selbständigkeit und die Anerkennung der Überlegenheit des Kaisers. Dadurch wurde der Einfluss des *ius commune* in Ungarn kräftig eingeschränkt. Das früher auch von István Werbőczy akzeptierte *ius commune* qualifizierten die Verfasser des *Quadripartitum* als Recht des Kaisers und hielten es als solches in Ungarn für ungültig. Die Gesetzgebung

verweigerte entschlossen, das *ius commune* zu übernehmen, die Rechtswissenschaft wies die Akzeptanz der Rezeptionstätigkeit zurück. Die Interpretation blieb den Gerichten über, die zeitweise die Regeln des gemeinsamen europäischen Rechts anwendeten, aber nie mit der Bezeichnung *ius commune*, sondern sie beriefen sich darauf als altes Gesetz, alte Gewohnheit. So zeugen die Urteile von Übernahme einiger europäischen Sätze und Rechtsnormen. (7)

Im 9. Jh. gab es in den byzantinischen Quellen vermehrt Aufzeichnungen über die Ungarn. Die ungarischen Stämme tauchten mal als Gegner mal als Verbündete des byzantinischen Reichs auf. Die anfängliche, hauptsächlich militärische Beziehung veredelte sich später zu einer traditionellen Beziehung. Im 12. Jh. endete die Zeit der abenteuerlichen Feldzüge, und der Charakter der Beziehung zu Byzanz änderte sich. Nach den Feldzügen der Landnahme nahmen einige ungarischen Stammesfürsten das Christentum in Byzanz auf, es kamen christliche Bekehrer und Kirchenorganisatoren aus dem Orient ins Land. Die gelegentlichen Kontakte entwickelten sich zu ständigen, staatlichen, letzts zu dynastischen Beziehungen. Der politische Kontakt zwischen Ungarn und dem byzantinischen Reich begründete einen gewissen Einfluss auch auf das ungarische Recht. (8)

Im Bereich des öffentlichen Rechts scheint es sicher, dass sich die Designation des Fürsten und später des Herrschers, die Ordnung der Seniorität, die Auswahl, die Vorstellung, die Designation, die Wahl und die Bekräftigung bzw. sakrale Salbung in der ungarischen Staatsorganisation nach dem byzantinischen Muster gestalteten. Zlinszky János sieht die Verkörperung des byzantinischen Charakters der ungarischen Königswürde auch in der Abhängigkeit, mit der der ungarische König – im Gegensatz zur europäischen Gewohnheit – die Aufsicht über den hohen kirchlichen Würdenträger für sich behielt. Statt der westlichen feudalen Auffassung und Hierarchie war eine traditionelle römische, zur Zeit der christlichen Staatsgründung für Byzanz kennzeichnende Treue zur Krone kennzeichnend. Die Befreiung der Diener durch Testament, das Verbot der Wiederverheiratung des des Ehebruchs schuldigen Menschen, die Zulassung der Wiederverheiratung des unschuldigen Partners, die Akzeptanz der Verheiratung der Priester – weisen alle auf die byzantinische Praxis hin. Die Ersitzung, das Quartalium und das Witwenrecht wurden wahrscheinlich auch durch die byzantinischen Kontakte ins ungarische Recht übernommen. Einige Forscher halten die Lehren des Kaisers Basilius Macedo an seinen Sohn Leo für das Vorbild der Ermahnungen von István dem Heiligen, während andere wiederum die westlichen Königsspiegel für ihre Quelle halten.

Die bis zum 13. Jh. aktiv gepflegten Beziehungen zu Byzanz, welche den westlichen christlichen Beziehungen um ein Jahrhundert voraus waren, hinterließen deutliche Spuren im ungarischen Rechtsleben. Der Anschluss an den Westen und der Einfluss des christlichen Europas konnten nicht verhindern, dass der byzantinische Einfluss zur Geltung kam. Die ungarischen hohen Adligen wählten 1172 denjenigen Prinzen zum König des Landes, der in Byzanz lebte und aufwuchs, und der später als Béla III. in die ungarische Geschichte einging, die ungarische amtliche Schriftlichkeit begründete, und unter dessen Herrschaft der erste ungarische glaubwürdige Ort, das Kapitel zu Veszprém seine Tätigkeit aufnahm. Durch die byzantinischen Beziehungen konnte auch der mittelbare Einfluss des römischen Rechts im ungarischen Recht zur Geltung kommen. (9)

Der Einfluss des Kirchenrechts (*ius canonicum*) auf das in die christliche Gemeinschaft Europas eingetretene Ungarn, wo die politische und rechtliche Umgestaltung von kirchlichen Beratern umgesetzt wurde, ist unbestritten. Die enge Kooperation zwischen der Kirche und dem ungarischen Staat und ihre partnerschaftlichen Beziehungen zu einander gestalteten das Zusammenleben des weltlichen Apparats und der Kirchenorganisation, des weltlichen



und des kirchlichen Rechts friedlich. Das Kirchenrecht betraf nicht nur die internen Verhältnisse der Kirche, sondern auch zahlreiche private Verhältnisse der Christen: es regelte einige Bereiche der Familie, der Ehe, des Vermögensrechts und des Erbrechts. Das Kirchenrecht, obwohl es ein typisches und bestimmendes Element des Mittelalters war, kam nie und nirgendwo so weit wie das römische Recht, dass es das heimische Recht in den Hintergrund hätte drängen können. *„Im Gegenteil: es hat das Recht der betreffenden Nation immer in Ehren gehalten, es kam mit dem örtlichen Rechtsleben überall friedlich aus, so sehen wir auch im ungarischen Gebiet die partikuläre Entwicklung des Kirchenrechts.“* (József József) Das Kirchenrecht erhob Anspruch auf Einfluss in Bereichen, wo die weltliche Macht mit kleinen Zugeständnissen auf ihre Anwesenheit verzichten konnte; es beanspruchte für sich nicht mehr, als nur eine Ergänzungsrolle.

So z.B. im ungarischen Recht, im Bereich der Ehe und der Familie, die Personen betreffend bei Bestimmung des Alters und bei Bezeichnung der Verwandtschaft, bei Festlegung einiger Bezüge des Erbrechts, im Bereich des Strafrechts bei Verfahren bezüglich der Moral und der Ehre (Fälschung, falsche Zeugenaussage, Meineid). In diesen Bereichen wurde es Teil des Landesrechts. Die kirchlichen Rechtskundigen, die die Elemente des Kirchenrechts auf den Universitäten von Europa sich angeeignet und mit nach Ungarn gebracht hatten, garantierten seine Effizienz. Die Stabilität des Rechts wurde auch durch die Stabilisierung der kirchlichen Gerichtsbarkeit unterstützt. *„Mit der ungarischen Staatsgründung erlangte die – noch primitive – kirchliche Gerichtsbarkeit das Bürgerrecht, und in den letzten Jahrzehnten des 13. Jh. fand sie ihre nachhaltigen Organisationsrahmen in den Heiligen Stühlen der Vikare. Das Kirchenrecht wurde also von Gerichten angewendet, die über fürchterliche Zwangsmittel (interdictum, Exkommunizieren, weltlicher Stand) verfügten ... während das Kennenlernen des Privatrechts Privatsache einer Handvoll Wissenschaftler blieb. Deshalb wurde die Geltung des Kirchenrechts im Prinzip trotz der seit Zsigmond häufig stark kirchenfeindlichen Schritte nie in Frage gestellt...“* (György György) Dieses Forensystem der Gerichtsbarkeit ermöglichte, dass in einer Zeit, wo in der ungarischen Rechtspraxis immer mehr weltliche Rechtskundige (sog. Praktiker) erschienen, die die Bastionen des heimischen Rechts gegen das europäische Recht und die Rezeption des römischen Rechts schützten, das Kirchenrecht „seine feste Position behielt“. Das Kirchenrecht verschmolz in sich zahlreiche Elemente des römischen Rechts, wodurch es zum Mittel der Einbürgerung einiger Institute des römischen Rechts wurde. Es konnte aber die Vermittlung der kodifizierten Rechtsmaterie von Iustinianus nicht übernehmen. (10)

Das Recht des Ungarns, das in die europäische Gemeinschaft der christlichen Staaten eintrat, wurde Teil des kontinentalen Rechts, dessen Grundlagen das römische Recht darstellte. Trotz dessen – abgesehen vom teilweisen und indirekten Einfluss der mittelbaren und vermittelnden Quellen – unterblieb in Ungarn die Rezeption des römischen Rechts bis zur bürgerlichen Umwälzung. Die Grundlagen der Rezeption des römischen Rechts in Europa wurden vom Dualismus der barbarischen Volksrechte und des römischen Rechts geschaffen. Das römische Recht, das überleben konnte, weil es die Ära der barbarischen germanischen Stämme und die gutgemeinte Neutralität der Stammesoberhäupter ausgenutzt hatte, besiegte die örtlichen Rechte als existierendes, geltendes Recht am kardinalen Punkt der wirtschaftlichen Entwicklung, nahm die ihm gebührende Stelle ein und wurde zum wichtigsten Regelungsfaktor des Kontinents. Das entwickeltere und stärkere besiegte das schwächere, anfänglichere Recht.

Die Ungarn, die im Karpatenbecken ihr Land nahmen, fanden nicht einmal die Spuren des einstigen römischen Rechts. *„... Das Recht der erobernden Ungarn brauchte nicht mit einem*

*viel entwickelteren Rechtssystem zusammenzustößen. Schon hier finden wir eine wichtige Ursache dafür, dass die Rezeption des römischen Rechts bei uns nicht so vor sich gehen konnte wie im Westen. Das Recht des hier angetroffenen Volkes zwang durch seine Vollkommenheit die Ungarn nicht dazu, es zu akzeptieren. Darin sehen wir eine Ursache des Ausbleibens der Rezeption.“* (József Illés) Das Gewohnheitsrecht, das das mittelalterliche ungarische Recht aus dem anfänglichen Recht entwickelte, entwickelte sich bis zum 15. Jh. (als die Modernisierung des Rechts mit Hilfe des römischen Rechts auch in Ungarn auf die Tagesordnung gekommen wäre) zu einem festen landesweiten Rechtssystem, das im Stande war, jeglichen Versuchen in dieser Richtung Einhalt zu gebieten. Laut György Bónis fehlte es im Lande wegen der Eigentümlichkeiten der juristischen Ausbildung an Juristen, die das römische Recht gekannt, vertreten und in das ungarische Recht integriert hätten. Die „Praktiker“ (weltliche Juristen, die das heimische Rechtsleben beherrschten und in der Praxis der ungarischen Rechtsprechung aufwuchsen) organisierten statt der Übernahme des römischen Rechts den Bau einer festen Schutzmauer für das heimische Recht. Als Ergebnis davon *„kann man vor allem, wenn man den Einfluss des römischen Rechts und des Kirchenrechts vor Mohács zusammenfassend darstellen will, das Fehlen jeglicher Rezeption des römischen Rechts beobachten, sogar das Fehlen einer ‚theoretischen‘ Übernahme... Es genoss hohes Ansehen, aber wurde nicht als ein geltendes System angesehen.“* (György Bónis)

Der Einfluss des römischen Rechts ist im ungarischen Recht bis zum 16. Jh. nur in Spuren zu finden, in einigen unklaren Hinweisen auf Prinzipien des römischen Rechts, in einigen terminologischen Bezügen. Die Fachleute mit Universitätsabschluss konnten ihre Kenntnisse auf Blättern von Formelbüchern und in Begründung von Gerichtsurteilen anwenden. Einzelne Begriffe des römischen Rechts erschienen zwar im juristischen Wortgebrauch, in der Terminologie, hin und da erschienen vereinzelt auch theoretische Sätze. Diese hatten aber meist nur formale Bedeutung. So wurde z.B. im ungarischen Recht der Árpádenzeit (11–13. Jh.) der Ausdruck ‚iudicium‘, aber in der Bedeutung ‚Gottesgericht‘ verwendet. Auch ‚edictum‘ kommt vor, aber als Synonym zu ‚statutum‘. Sätze des römischen Rechts tauchten in theoretischen Grundlegungen, aber nicht als Institutionalisierung des römischen Rechts, sondern als Begründung zum feudal-ständischen Recht, um das Ansehen zu erhöhen, auf. Solche Stellen waren z.B. die Entfaltung der Theorie der Machtübertragung, die Begründung der öffentlich-rechtlichen Macht des Herrschers, die Lehre vom organischen Staat. Umsonst war die Auslegung einiger Begriffe des römischen Rechts (wie auch die der Notwehr im Tripartitum) präzise und klar, sie wurden in der Gerichtspraxis nicht angewandt.

István Werbőczy, Verfasser des Tripartitums, um seine Bewandertheit im römischen Recht glänzen zu lassen, wandte einige Lösungen, die an das römische Recht erinnerten, an. So machte er einen misslungenen Versuch, das Dreiersystem des ungarischen Rechts Personen – Sachen – Aktionen zur Geltung zu bringen, allgemeine Begriffe und Rechtsgrundsätze formal zu übernehmen, einige Bezüge der juristischen Terminologie zum römischen Recht anzuwenden. Die mäßig zunehmende Wirkung des römischen Rechts im dreigeteilten Ungarn war vor allem der immer stärkeren universitären Bildung zu verdanken. Die Vermittlerrolle des österreichischen Rechts kann auch nicht geleugnet werden. In Wirklichkeit war aber die in der Befestigung des Gewohnheitsrechts gespielte Rolle des Tripartitums viel stärker als diese Tendenzen. *„Umsonst versuchten die ungarischen Humanisten, János Honterus, János Baranyai Decsi und János Zsámboki im 16. Jh. wenigstens eine teilweise Rezeption des Corpus Iuris durchzusetzen, die vom Tripartitum geschaffene Mauer konnte nicht durchbrochen werden.“* (Elemér Pólay) Die niedrige wirtschaftliche Entwicklungsstufe der ungari-



schen Gesellschaft und die Verlangsamung der Entwicklung der Warenproduktion bedurften nicht unbedingt einer feinen Regelung durch das römische Recht. Lange Jahrhunderte mussten verstreichen, bis das römische Recht aus der Sphäre der Rechtswissenschaft hervortrat und Teil der Praxis wurde. (11)

Ungarn führte als Folge der politischen Entscheidung über die Gründung des christlichen Staates das europäische Modell der Gesellschaft, des Staates, des Rechts, der Ideologie und der Wirtschaft ein. Die Übernahme des europäischen Modells, das ein Ergebnis der germanischen Staats- und Rechtsentwicklung war, garantierte zugleich die Wirkung des lebendigen germanischen Rechts. Dieser Einfluss wurde durch die wichtige Rolle der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den deutschen Staaten, die sich auch aus der geographischen Lage ergaben, verstärkt, wie auch das Expansionsprogramm der deutschen Außenpolitik nach Mitteleuropa und die Herrschaft der Habsburger in Ungarn. Die wichtigsten Zielpunkte der Peregrination, die beliebten Aufenthaltsorte der wissbegierigen ungarischen protestantischen Studenten waren die deutschen Universitäten. Die nach dem Universitätsstudium heimgekehrten Studenten machten ihre Kenntnisse unmittelbar in der Praxis nutzbar, was das Eindringen der deutschen juristischen Auffassung begründete. Imre Hajnik sah die wichtigsten Züge des Einflusses in den prozessrechtlichen Instituten des ungarischen Mittelalters und in den starken germanischen Grundlagen der Anjou-Beziehungen. Die privilegierte Behandlung der auch Ungarn betreffenden europäischen Hospesbewegung und die Privilegien der ungarischen königlichen Macht, die die Ansiedler mit Freundschaft annahm, stellten die Anwendung der eigenen Rechte der deutschen Bürger, die Städte gründeten, sicher. Das städtische Bürgerrecht in Ungarn, sowie der größte Teil des Bürgertums, sind teilweise deutschen Ursprungs. Die starke Wirkung der österreichischen Gesetzgebung, die auf die Schlacht bei Mohács folgte, ist auch nicht zu unterschätzen. All das zusammen ergab die Stärkung der deutschen Bezüge des ungarischen Rechts, und später, bei der Entfaltung der Kodifikationsarbeiten, in Folge des analogen Systems der Institute, die Berücksichtigung des deutschen Modells. (12)

- (1) Bakos, Gábor: *A magyar jogi műnyelv kérdésehez. (Zur Frage der ungarischen rechtlichen Fachsprache)*; Budapest 1880; Béli, Gábor: *Magyar jogtörténet – a tradicionális jog (Ungarische Rechtsgeschichte – das traditionelle Recht)*, Pécs – Budapest 1999; Bónis, György – Degré, Alajos – Varga, Endre: *A magyar bírósági szervezet és perjog története (Die Geschichte des ungarischen Gerichtssystems und des Strafverfahrensrechts)* Zalaegerszeg 1996; Engel, Pál: *Beilleszkedés Európába a kezdetektől 1440-ig (Magyarok Európában I.) (Die Einordnung in Europa von den Anfängen bis 1440 [Die Ungarn in Europa I.]* Budapest, 1990; Györffy, György: *A magyarok elődeiről és a honfoglalásról – kortársak és krónikások híradásai (Über die Vorfahren der Ungarn und über die Landnahme)* Budapest, 1975; Hajnik, Imre: *A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegyesházi királyok alatt (Das ungarische Gerichtssystem und Strafverfahrenrecht im Zeitalter der Arpaden- und der Könige aus verschiedenen Herrscherhäusern)* Budapest 1899; Kovács, Ferenc: *A magyar jogi terminológia kialakulása, (Die Herausbildung der juristischen Terminologie in Ungarn)* Budapest, 1964; Moravcsik, Gyula: *Az Árpád kori magyar történet bizánci forrásai (Die byzantinischen Quellen der ungarischen Geschichte der Arpadenzeit)*, Budapest 1988
- (2) Bónis, György: *Hűbériség és rendiség a középkori magyar jogban (Lehnwesen und Ständewesen in dem mittelalterlichen ungarischen Recht)* Kolozsvár 1943; Eckhart, Ferenc: *Alkotmány és jogtörténet (Verfassung und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1946; Gerics, József: *A korai rendiség Európában és Magyarországon (Das frühe Ständewesen in Europa und in Ungarn)* Budapest, 1987; Szekecs, Gyula: *Szerviensek, familiárisok (Servientes und Familiares)* Budapest, 1912; Váczy, Péter: *A hűbériség szerepe Szent István királyságában (Die Rolle des Lehnwesens im Königreich von Sankt Stephan)* In.: Századok 1932.
- (3) Csekey, István: *Werböczi és a magyar alkotmányjog (Werböczi und das ungarische Verfassungsrecht)* In.: *Acta Juridico-politica* 2., A Jog- és Államtudományi Kar Werböczi halálának 400 éves évfordulója alkalmából rendezett ünnepélyen elhangzott előadások Kolozsvár, 1942.; Félégyházi, József: *Werböczi Hármaskönyve és a kánonjog (Werböczi Tripartitum und das Kirchenrecht)* Budapest, 1942.; Fraknoi, Vilmos: *Werböczi István életrajza (Lebensbeschreibung von István Werböczi)* Budapest, 1899.; Málnási, Ödön: *Werböczi István és Hármaskönyve (István Werböczi und sein Tripartitum)* Budapest, 1936.; Rácz, György: *Az igazi Werböczi (Der wahre Werböczi)* Budapest, 1941.; Schiller, Bódog: *A Hármaskönyv jogforrástana (Rechtsquellenlehre des Tripartitums)* Budapest, 1903.
- (4) Fraknoi, Vilmos: *A magyar országgyűlések története (Geschichte der ungarischen Reichstagen)* Budapest, 1874.; Györffy, György – Bartoniek, Emma: *Szent István törvényeinek 12. századi kézirata az Admonti-kódexben (Handschrift der Gesetze von Sankt Stephan aus dem Jh. XII. in dem „Admonter“ kodex)* Budapest, 1988.; Jánosi, Mónika: *Törvényalkotás a korai Árpádkorban (Gesetzgebung in der frühen Arpadenzeit)* Szeged, 1996.
- (5) Benda, Kálmán – Péter, Katalin: *Az országgyűlések a kora újkori magyar történelemben (Reichstage in der ungarischen Geschichte in der Frühneuzeit)* Budapest, 1987.; Fraknoi, Vilmos: *A magyar országgyűlések története (Geschichte der ungarischen Reichstage)* Budapest, 1874.; Gerics, József: *A korai rendiség Európában és Magyarországon (Das frühe Ständewesen in Europa und in Ungarn)* Budapest, 1987; Kérészi, Zoltán: *Rendi országgyűléseink tanácskozási módja (Beratungsmethoden des ungarischen Reichstags)* Kassa, 1925.; Mezev, Barna: *A Rákóczi-szabadságharc országgyűlései (Reichstagsversammlungen in dem Rákóczi-Freiheitskampf)* Budapest, 1981.; Trócsányi, Zsolt: *Az erdélyi fejedelemség korának országgyűlései (Reichstage in Transylvanien in der Zeit des Fürstentums)* Budapest, 1976.
- (6) Die wichtigsten Lehr- und Handbücher zur ungarischen Rechtsgeschichte und Rechtsentwicklung: Béli, Gábor: *Magyar jogtörténet – a tradicionális jog (Ungarische Rechtsgeschichte – das traditionelle Recht)*, Pécs – Budapest 1999; Bónis, György – Sarlós, Márton: *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1957; Csizmadia, Andor/Kovács, Kálmán/Asztalos, László: *Magyar állam- és jogtörténet (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1972; Eckhart, Ferenc: *Alkotmány és jogtörténet (Verfassung und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1946; Eckhart, Ferenc/Bónis, György: *Magyar állam- és jogtörténet (Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte)*, Budapest 1956; Hajnik, Imre: *Magyar alkotmány és jog az Árpádok alatt (Ungarische Verfassung und Recht während der Arpadenzeit)*, Pest 1872; Horváth, Pál: *Általános jogtörténet (Allgemeine Rechtsgeschichte)*, Budapest 1991; Kajtár, István: *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und Rechtsgeschichte)*, Pécs-Budapest 1999; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar alkotmánytörténet (Ungarische Verfassungsgeschichte)*, Budapest 1999; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet (Ungarische Rechtsgeschichte)*, Budapest 1999; Rácz, Lajos (Hrsg.) *Egyetemes állam- és jogtörténet (Allgemeine Staats- und*



- Rechtsgeschichte), Budapest 1998; Pauler, Tivadar: *A jog- és államtudományok encyclopaediája* (Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften), Pest 1865; Ruszoly, József: *Európa jogtörténete* (Europas Rechtsgeschichte), Budapest 1996; Szabó, I. (Hrsg.): *Állam- és jogtudományi enciklopédia I-II* (Enzyklopädie der Staats- und Rechtswissenschaften I-II), Budapest 1980.
- (7) Földi, András - Hamza, Gábor: *A római jog története és institutioi* (Geschichte und Institute des römischen Rechts), Budapest 1999; Zlinszky, János: *Ius privatum. A római magánjog története* (Geschichte des römischen Privatrechts), Budapest 1998; Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet* (Ungarische Rechtsgeschichte), Budapest 1999.
- (8) Zlinszky, János: *A magyar jogrendszer kezdetei* (Die Anfänge der ungarischen Rechtsordnung) In.: *Jogtudományi Közlöny* 1996/7-8., Magyar Tudomány 1956/8.; Zlinszky, János: *A magyar jog tradicionálisan európai jog* (Das ungarische Recht ist ein traditionelles europäisches Rechts) In.: *Jogtudományi Közlöny* 1995/1.
- (9) Moravcsik, Gyula: *Az Árpád kori magyar történet bizánci forrásai* (Die byzantinischen Quellen der ungarischen Geschichte der Árpádenzeit), Budapest 1988, In: Mezey, Barna (Hrsg.): *Magyar jogtörténet* (Ungarische Rechtsgeschichte) Budapest 1999.
- (10) Bónis, György: *Középkori jogunk elemei* (Elemente unseres Rechts im Mittelalter), Budapest 1972; Bónis, György: *A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon* (Die rechtskundige Intelligenz in dem Ungarn vor Mohács), Budapest 1971; Illés, József: *Bevezetés a magyar jog történetébe* (Einführung in die Geschichte des ungarischen Rechts), Budapest 1910; Földi, András - Hamza, Gábor: *A római jog története és institutioi* (Geschichte und Institutionen des römischen Rechts), Budapest 1999.
- (11) Brósz, Róbert - Pólay, Elemér: *Római jog* (Römisches Recht), Budapest 1972; Bónis, György: *Középkori jogunk elemei* (Elemente unseres mittelalterlichen Rechts), Budapest 1972; Bónis, György: *A jogtudó értelmiség a Mohács előtti Magyarországon* (Die rechtskundige Intelligenz im Ungarn vor Mohács), Budapest 1971; Illés, József: *Bevezetés a magyar jog történetébe* (Einführung in die Geschichte des ungarischen Rechts), Budapest 1910; Földi, András/Hamza, Gábor: *A római jog története és institutioi* (Geschichte und Institutionen des römischen Rechts), Budapest 1999.
- (12) Hajnik, Imre: *A magyar bírósági szervezet és perjog az Árpád- és vegvesházi királyok alatt* (Das ungarische Gerichtssystem und Strafverfahrenrecht in Zeitalter der Arpaden- und der Könige aus verschiedenen Herrscherhäusern) Budapest 1899; Gönczi, Katalin: *Ungarisches Stadtrecht aus europäischer Sicht*, Frankfurt am Main 1997.; Ladányi, Erzsébet: *Az önkormányzat intézményei és elméleti alapvetése az európai és hazai városfejlődés korai korszakában* (Institutionen und theoretische Grundlegung der Selbstverwaltung in der Frühzeit der europäischen und ungarischen Stadtentwicklung) Budapest, 1976.; Mollay, Károly: *Das Ofner Stadtrecht* Budapest, 1959.; Király, János: *Pozsony város joga a középkorban* (Das Pressburger Stadtrecht im Mittelalter) Budapest, 1894.

DR. LAJOS RÁCZ

## Beiträge zur Entwicklung der staatsrechtlichen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn

„Wie könnte man aber das unabhängige Ungarn mit einem Teil Deutschlands verbinden? Es ist weder mit der Politik noch mit der Würde der heiligen Krone zu vereinbaren, daß das Größere zur Kleineren gehört und ein Königreich einem Herzogtum untergeben ist.“

(Auszug aus dem Brief des palatinischen Tribunalmeisters Ferenc Szluha zur geplanten Einführung der Pragmatica Sanctio im Jahre 1722)

Das Jahr 1867 ist auch in der westlichen Geschichtsliteratur als das Jahr des großen geschichtlichen Kompromisses, des österreichisch-ungarischen Ausgleiches bekannt. Jedoch wenn wir uns in der heimischen Literatur des Staatsrechts genauer umschauen, sehen wir, daß in den österreichisch-ungarischen Beziehungen mehrere solcher Ausgleichs gegeben hat. Wir müssen während dessen einerseits den zeitlichen Verlauf von den Ursprüngen her und andererseits die staatsrechtlichen Dokumente der genannten geschichtlichen Kompromisse erwähnen.

### I. Die frühen Zeiten

Bezüglich den ungarischen Anfängen erwähnt man sehr oft, daß Österreich schon seine „Entstehung“ den Ungarn „zu verdanken“ hat. Es ist allgemein bekannt, daß die Ostarrich Mark, d.h. die Ostmark im Jahre 996 zur Unterbindung der Streifzüge der Ungarn nach der Landnahme erneut aufgestellt wurde, denn bis zu diesem Zeitpunkt verlief die östliche Grenze des Reiches am Fluß Enns, die zum bayrischen Herzogtum gehörte. (1) (N.B. nach Angaben der Wissenschaft lebt diese Tatsache heute noch in der ungarischen Volkstradition weiter. Nach der Landnahme der Ungarn verliefen die Reihen der ersten ungarischen Wachsiedlungen bis zur Enns, dies zeigt auch der oft vorkommende Topos der ungarischen Volksmärchen, „Óperencia“, d.h. Ober-Enns).

Über diese Grenzvorderlegung brauchen wir uns nicht zu wundern, denn dies war im Mittelalter allgemein üblich. Eine bedeutende Macht versuchte sich gegen ständig wiederholende Angriffe durch den Ausbau einer Schutzzone noch weit vor den dichtbesiedelten Gebieten zu wehren. Einem solchen vorgeschobenen Posten verdankt im Osten auch die Markgrafschaft Brandenburg ihre Entstehung. (Ein ähnlicher Vorgang bewirkte auch die Aufstellung der im Mittelalter von den Ungarischen Königen ausgebauten Siedlungen im späteren Moldawien.) (2). Im Falle des Deutsch-Römischen Reiches hat diese Vorgehensweise vielleicht ihren Ursprung in der Übernahme der militärischen Strategie des Spätromischen Reiches. In der spätromischen Zeit, während der Völkerwanderung wurden zur Verhinderung erneuter Einbrüche die bis zur Limes vorgedrungenen barbarischen Völker zuerst pazifiziert